

38
KLEINE REIHE

Thomas Hertfelder

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Aufstieg und Krise einer Meistererzählung

Erfolgsgeschichte Bundesrepublik

Aufstieg und Krise einer historischen Meistererzählung

»Humans cannot live without stories« (Steven Greenblatt)

»Wir sind ein sehr erfolgreiches demokratisches Entwicklungsland.« In solch ironischer Brechung brachte der Berliner Staatsrechtler Christoph Möllers die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik im Jahr 2008 auf den Begriff, als gerade die Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes in Vorbereitung waren.¹ »Wir«, die Exportweltmeister; »wir«, die Weltmeister im Bewältigen von Diktaturen; »wir«, der Anker demokratischer Stabilität in der Mitte Europas – ein *Entwicklungsland*? Wie, so könnte man fragen, kam der Verfassungsexperte zu dieser narzisstischen Kränkung?

Möllers begründete seine Provokation auf ebenso einfache wie einleuchtende Weise. Ein demokratisches Entwicklungsland sei die Bundesrepublik zum einen deshalb, weil sie auf nur zwei vergleichsweise kurze Phasen praktizierter Demokratie, nämlich die dreizehn Jahre der Weimarer Republik und die Geschichte der Bundesrepublik, zurückblicken könne. Vor allem aber habe sich zum andern die gelungene Entfaltung der Demokratie in Westdeutschland nach 1945 außergewöhnlich günstigen Rahmenbedingungen verdankt. Gleichwohl: »Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden wir«, so Möllers Resümee, »zu einer politisch und institutionell sehr erfolgreichen Demokratie, die Regierungswechsel mit politischer Stabilität verband, die viele erfolgreiche institutionelle Lösungen erfand oder eigenständig entwickelte, wie unser Wahlrecht und die Verfassungsgerichtsbarkeit.«² Dieses selbstbewusste Fazit, das zudem mit einem unbestimmt inklusiven »wir« provozierte, entsprach einer unter den Eliten des Landes weit verbreiteten Auffassung. Entsprechend positiv fiel die historische Bilanz aus, als 2009

der 60. Geburtstag der Bundesrepublik zu feiern war.³ Doch der Boden, auf dem 2009 so ausgelassen gefeiert wurde, schien für einen Moment zu schwanken. Denn zugleich führte im selben Jahr die tiefste Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Exportnation Deutschland ihre Abhängigkeit vom globalisierten Weltmarkt schmerzhaft vor Augen.

1. Eine Demokratie auf Bewährung

Eine so positive historische Bilanz, wie sie 2009 allenthalben gezogen wurde, wäre ein Vierteljahrhundert zuvor kaum denkbar gewesen. Denn bis in die 1980er Jahre hinein galt die Bundesrepublik nicht nur als »Weststaat« im Rahmen einer seit 1949 geteilten Nation, sondern auch als eine Demokratie auf Bewährung – zumal bei Historikern.⁴

Dazu einige Kostproben: In der ersten umfassenden Synthese zur Geschichte der Bundesrepublik interpretierte 1986 der renommierte Bonner Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher den mangelnden Rückhalt, den Bundeskanzler Helmut Schmidt anfangs der 1980er Jahre bei der Umsetzung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses seitens seiner Partei erhalten hatte, als einen »drohenden Rückfall hinter das Godesberger Programm, mit Anklängen an Weimarer Verhältnisse.«⁵ Mehrfach zog Bracher in diesem Beitrag weitere Parallelen zwischen den krisenhaften Verwerfungen der 1970er Jahre und den Entwicklungen der Weimarer Republik.⁶ Wenn der international anerkannte Doyen der modernen Weimar-Forschung sich veranlasst sah, das Menetekel der gescheiterten ersten Republik an die Wand zu malen, so galt es aufzuhorchen. Ein zweites Beispiel: Noch im Sommer 1989 – man feierte 40 Jahre Bundesrepublik – stellte Martin Broszat, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, einen ganzen Katalog skeptischer Fragen an unser Land, etwa: Haben sich politisches Bewusstsein und habituelle Einstellungen der Deutschen seit der Staatsgründung 1949 wirklich verändert? Ist nicht die »Dickfelligkeit des privatistischen Pragmatismus [...] typisch für die Weiterentwicklung der Bundesrepublik geblieben?« Sind nicht die Demokratisierungsprozesse der sechziger und siebziger Jahre »später eher wieder rückläufig geworden?«⁷ Auch das Grundgesetz stand in den 1980er Jahren noch lange nicht in jenem hohen Ansehen, das es im frühen 21. Jahrhundert genießt. So zog der Politikwissenschaftler Jürgen Seifert in einem Essay über das Grundgesetz, der 1983 im Rahmen einer dreibändigen Geschichte der Bundesrepublik erschienen ist, eine sehr durchwachsene Bilanz. Die Analyse der Wehrverfassung, der Notstands-

gesetzgebung und des seit 1977 besonders problematischen Bereichs der »inneren Sicherheit« veranlasste ihn nämlich zu folgendem skeptischen Resümee, in dem die Ideologiekritik der 1970er Jahre noch hörbar nachhallt: »Solange die Grundrechte in allen Bereichen anerkannt werden, sind sie ein Bollwerk dagegen, dass die tatsächlichen Machtverhältnisse den geschriebenen Text der Verfassung in eine substanzlose Hülle verwandeln.«⁸ Kein Zweifel: Den beiden prominenten Historikern wie auch dem Politologen erschien die Bundesrepublik damals noch als eine Demokratie, der nicht restlos zu vertrauen war, die durchaus bedroht schien von Rückfällen in eine unheilvolle Vergangenheit; einen Resonanzboden fand ihre Skepsis in einem bemerkenswerten Chor zeitgenössischer Grabgesänge auf die bundesdeutsche Demokratie.⁹ Jedenfalls stand ihr Urteil paradigmatisch für eine noch in den 1970er und 1980er Jahren vorherrschende, aber nicht überall geteilte, kritische Sicht auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die eben »nicht nur die Geschichte einer Demokratie, sondern die Geschichte einer Demokratie im Schatten von Völkermord und Vernichtungskrieg« war.¹⁰ Diese Geschichte hatte die Zunft der Historiker erst in den 1980er Jahren recht eigentlich als Forschungsgegenstand für sich entdeckt.¹¹

Für diese Skepsis gab es indessen allerlei gute Gründe, die nicht zuletzt in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu verorten sind. Die Erfahrung des Nationalsozialismus lag gerade einmal vierzig Jahre zurück. Und in einer längeren Perspektive stimmte es ja durchaus, dass die Deutschen ihre Demokratie weder 1949 noch zuvor wirklich erkämpft hatten, jedenfalls nicht in einer erfolgreichen demokratischen Revolution. Auf diesen Befund berief sich vor allem jenes mächtige, kritische Deutungsmuster vom »deutschen Sonderweg«, das in den 1970er und 1980er Jahren die wissenschaftliche wie auch öffentliche Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte bestimmte.¹² In dem Bestreben, die tieferliegenden historischen Gründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Verbrechen des »Dritten Reichs« aufzuspüren, arbeitete dieses Narrativ an der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine ganze Reihe kritischer Befunde heraus: Den bereits in den Befreiungskriegen aufkeimenden radikalen Nationalismus der Deutschen, das Scheitern der Revolution von 1848/49, die »von oben« und krieglerisch erzwungene deutsche Reichsgründung 1871, die Mängel der konstitutionellen Monarchie, die Strukturprobleme des militaristisch gestimmten Obrigkeitsstaats im preußisch-deutschen Kaiserreich, die fatale Macht vorin-

dustrieller Eliten, die korporatistischen und autoritären Verformungen des Kapitalismus, die »Ungleichzeitigkeit« der ökonomischen und politischen Entwicklung usw. – kurz: jene Defizite und Pathologien, die als spezifisch für die jüngere deutsche Geschichte galten. In dieser Sicht mündete der »deutsche Sonderweg« mehr oder weniger zwangsläufig in der nationalsozialistischen Diktatur, bis er mit der totalen Niederlage im Jahr 1945 an sein verdientes Ende gelangte. Nach intensiver fachlicher Kontroverse und überrumpelt von der unerwarteten deutschen Wiedervereinigung,¹³ hat die Mehrzahl der Historikerinnen und Historiker diese einflussreiche Interpretation, die in zahlreichen Varianten vorgetragen wurde, weitgehend ad acta gelegt, während sie in der Öffentlichkeit bis heute nachhallt.¹⁴

Das Narrativ vom »deutschen Sonderweg« stellte sich vornehmlich gegen eine ältere, nationalkonservative Sicht der deutschen Geschichte, die im Nationalsozialismus wenig mehr als das Werk einer verbrecherischen Clique zu sehen vermochte, und sie hatte Auswirkungen auf das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik:¹⁵ Wenn der Nationalsozialismus mit sozialwissenschaftlicher Präzision aus bestimmten Konstellationen der deutschen Geschichte abgeleitet werden konnte, dann verlor die Geschichte als vermeintlich »schicksalhafte Macht« ihren Schrecken, denn nun waren ihr Verlauf und mithin auch ihre Katastrophen rational erklärbar. Dieser neue Blick eröffnete zudem die Aussicht, Konsequenzen aus den freigelegten Pathologien der deutschen Geschichte zu ziehen, altmodisch gesprochen: die Aussicht auf Läuterung und Besserung. Eine solche Läuterung schien in der Perspektive des »deutschen Sonderwegs« vor allem dann möglich, wenn die Bundesrepublik ihren »Weg nach Westen« konsequent weiterging, mit den autoritären und anderen toxischen Traditionen der deutschen Geschichte entschieden brach, den Kapitalismus auf dem Weg der Reform weiter bändigte und unhinterfragte Machtstrukturen im Geiste emanzipatorischer Politik konsequent abbaute. Umgekehrt bedeutete das: Solange dieser Weg noch nicht zu Ende gegangen war – was immer das heißen mochte –, solange blieb die Bundesrepublik eine vom Rückfall in die Barbarei bedrohte Demokratie.

Argumentationsstark und wortgewaltig eroberten die Historikerinnen und Historiker des »deutschen Sonderwegs« für die Geschichtswissenschaft jene öffentliche Deutungsmacht zurück, den die Zunft in den sechziger und siebziger Jahren eingebüßt hatte.¹⁶ In der Konsequenz ihres Ansatzes blieb ihr Blick auf die noch junge Geschichte der Bundesrepublik stets kritisch;

vereinzelt Versuchen, die Bundesrepublik in ein positives nationales Geschichtsbild zu integrieren, traten die Vertreter der Sonderwegsthese energisch entgegen. Vor dem Hintergrund der sozialliberalen Ostpolitik hatten linksliberale Historiker gegen den Einspruch konservativer Kollegen nämlich die einflussreiche These entwickelt, dass die Bundesrepublik am besten als eine »postnationale Demokratie unter Nationalstaaten« zu begreifen sei.¹⁷ Bereits 1981 hatte der Bochumer Historiker Hans Mommsen das seitdem vielfach variierte Argument formuliert (bzw. wieder aufgegriffen), dass der deutsche Nationalstaat im Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte nur eine relativ kurze Episode gewesen sei, auf die sich der Wunsch nach einer Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten daher nicht wirklich legitim beziehen könne.¹⁸ In überspitzter Deutlichkeit brachte es einmal mehr Karl Dietrich Bracher 1986 auf den Punkt: »Es geht um die Entscheidung, die die Bundesrepublik trägt: ›Die freiheitliche Grundordnung anstelle der Nation.««¹⁹ Damit konnte die deutsche Frage als eine offene *nationale* Frage elegant zu den Akten gelegt, die westeuropäische Integration zugleich beherzt vorangetrieben und der deutsche Sonderweg über 1945 hinaus als »postnationaler Sonderweg« verlängert werden.²⁰ Bis die deutsche Wiedervereinigung 1989/90 dieser Vorstellung abrupt den Boden entzog.

Die These von der »postnationalen Demokratie« der Bundesrepublik vertrug sich bestens mit einem Begriff, den der Publizist und Politologe Dolf Sternberger aus Anlass des Grundgesetzjubiläums bereits 1979 in die Debatte eingeführt hatte: »Verfassungspatriotismus«. Sternberger sprach in jenem Leitartikel der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, in dem er den Gedanken zuerst formulierte, angesichts der deutschen Teilung von einem »verwundeten Nationalgefühl« der Deutschen, die zwar in einer geteilten Nation, doch in einem »ganzen Verfassungsstaat, und das ist selbst eine Art Vaterland«, leben würden.²¹ Nicht die abstrakten Prinzipien und Prozeduren, wie sie das Grundgesetz vorsah, nicht ein »Paragrafenstolz« also, sondern ein an diesen Prinzipien und Prozeduren orientiertes politisches *Leben* freier Bürger in einer freiheitsverbürgenden Ordnung sollte den Kitt bilden, aus dem eine neue (bundes-)republikanische Liebe zum Vaterland erwachsen kann. Eine »republikanische Neuerfindung der Westdeutschen« (Jan-Werner Müller) also, die auf diesem Wege endlich ihrer Fixierung auf den Sicherheit und Wohlstand garantierenden Staat entwachsen und sich zu wahren *citoyens* mausern sollten. Der Begriff und die in ihm enthaltene These sind seitdem vielfach aufgegriffen, in mancherlei Varianten dis-

kutiert und kritisiert worden.²² International rezipiert wurde das Konzept schließlich über seinen prominentesten Verfechter, den Sozialphilosophen Jürgen Habermas, der zwar deutlich andere Akzente setzte als Sternberger und den »Verfassungspatriotismus« vor allem an den von Deutschen begangenen Zivilisationsbruch des Holocaust zurückband.²³ Zugleich aber signalisierte er damit, dass das Grundgesetz und die durch sie konstituierte Verfassungsordnung mittlerweile auch bei der westdeutschen Linken nicht mehr nur *volens nolens* respektiert wurde, sondern sich wachsender Wertschätzung erfreute.

In unserem Zusammenhang ist das Konzept des Verfassungspatriotismus in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. In seinem gerade für die Bundesrepublik innovativen Gehalt verweist es zum einen zurück auf die fünfziger und sechziger Jahre, in denen dem Grundgesetz nicht annähernd die Prominenz und öffentliche Anerkennung zukam, die uns heute geläufig ist.²⁴ Zum andern kann das Konzept des Verfassungspatriotismus als erster, zunächst noch eher statischer Vorentwurf jener neuen historischen Meistererzählung gelesen werden, von der später noch ausführlich die Rede sein soll. Das Postulat eines neuen Verfassungspatriotismus gewinnt so recht an Gewicht, wenn man daran erinnert, dass weder 1948/1949 noch in den Jahren danach die unter alliierter Aufsicht erfolgte Verfassungsgebung und Weststaatsgründung die Deutschen sonderlich bewegt hat.²⁵ Als die amerikanische Militärregierung im Juli 1949 in der von ihr verwalteten Zone in einer Umfrage die Deutschen fragte, ob es zutrefte, dass in Bonn ein Grundgesetz für Westdeutschland verabschiedet worden sei, waren 38 Prozent der Befragten der Meinung, dass dies nicht der Fall sei, weitere 20 Prozent gaben an, davon nichts zu wissen.²⁶ Soweit die demokratische Neuordnung in den Anfangsjahren überhaupt Beachtung fand, wurde sie sogar gerne mit dem Argument kritisiert, man habe nicht die richtigen, wirklich konsequenten Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen. In den Augen dieser Kritiker hätte die richtige Lehre aus Weimar etwa darin bestanden, im Grundgesetz und in den Länderverfassungen den Parlamentarismus und den damit verbundenen Parteienstaat endlich zu überwinden. Doch stattdessen wurden beide restauriert, ja sogar konstitutionell gestärkt.²⁷ Entsprechend skeptisch blickten viele in die Zukunft. Die Verfassungsgebung sei, so das Resümee des Politikwissenschaftlers Jan-Werner Müller, »mit einem Rekord-Minimum an Pathos vollbracht worden«.²⁸ Von einem demokratischen Gründungsmythos, der einen frühen Verfassungspatriotismus hätte tragen können, kann in der Bundesrepublik also gewiss keine Rede sein.

Umso lieber erzählte man sich alsbald eine *andere* Geschichte, nämlich die vom einzig verfügbaren, sehr populären Gründungsmythos, und der war kein demokratischer, sondern ein ökonomischer:²⁹ Das Wirtschaftswunder sowie die Währungsreform als dessen »mythischer Take-off«³⁰ hatten sich bekanntlich tief in das Selbstverständnis der Westdeutschen eingebrannt, weit tiefer jedenfalls als alternative Identifikationsangebote wie die Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 oder der Offiziersputsch vom 20. Juli 1944.³¹ Der Mythos »Wirtschaftswunder« besaß – bei aller Kritik – nämlich einen realen Erfahrungskern: den ab 1950 rasch wachsenden, breite Bevölkerungsgruppen erfassenden Wohlstand. Dieser Mythos, der die Person Ludwig Erhards und dessen Wirtschaftspolitik bis heute gerne verklärt, dabei die enormen Anlaufschwierigkeiten und Krisen der Jahre 1948 bis 1952 zumeist übersieht und exogene sowie langfristig wirksame Faktoren der ökonomischen Rekonstruktion eher ausblendet, ist von Wirtschaftshistorikern inzwischen vielfach dekonstruiert worden.³² Seiner öffentlichen Wirkung tut dies, wie beispielsweise die von Bundespräsident Steinmeier begleitete Eröffnung des Ludwig-Erhard-Zentrums in Fürth 2018 zeigte,³³ indessen kaum Abbruch. Ohne die Wirkmacht dieses Mythos, so argumentiert etwa Herfried Münkler, hätte Helmut Kohl seine viel zitierte Prognose vom Sommer 1990, in den neuen Bundesländern würden alsbald »blühende Landschaften« erwachsen, so nie stellen können.³⁴

Dass die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik *vor allem* auf ökonomischer Stärke und materiellem Wohlstand beruhe, während die *Demokratie* bei der Mehrheit der Deutschen keine allzu tiefen Wurzeln geschlagen habe, das war noch in den 1980er Jahren ein Topos kritischer Gegenwartsdiagnose.

Ausländische Beobachter wiederum hat gerade in den 1980er Jahren die wirtschaftliche Potenz der Bundesrepublik erkennbar beunruhigt.³⁵ Die Bundesrepublik sei ein Staat, »dessen Wurzel durch und durch ökonomisch ist«, erklärte der Philosoph Michel Foucault seinen Studenten am *Collège de France* Anfang 1979,³⁶ und in den Schlussbetrachtungen zu seinem Buch »A German Identity« unkte der britische Wirtschaftshistoriker Harold James zehn Jahre später, dass die Bonner Republik eine ernste öko-

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

www.stiftung-heuss-haus.de

Neuerscheinung

Frank Bösch, Thomas Hertfelder, Gabriele Metzler (Hg.)

Grenzen des Neoliberalismus

Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert

372 Seiten, gebunden

Stuttgart: Franz-Steiner-Verlag 2018 | EUR 64,00

ISBN 978-3-515-12085-2 (gebunden)

ISBN 978-3-515-12092-0 (E-Book)



Der Liberalismus veränderte sich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts rasant. Neoliberale Positionen gewannen mit ihrer Forderung nach einem Rückzug des Staates und einer »Vermarktlichung« von Ökonomie und Gesellschaft an Gewicht. Doch in dieser marktliberalen Verengung ging der Wandel des Liberalismus nicht auf. Denn zur gleichen Zeit erlebte der Linksliberalismus jenseits des organisierten Liberalismus eine erstaunliche Konjunktur, während das liberale Prinzip der Rechtsstaatlichkeit im Zeichen terroristischer Bedrohungen im Spannungsfeld von »Freiheit« und »Innerer Sicherheit« neu verhandelt wurde.

Der vorliegende Band untersucht diese Wandlungsprozesse des Liberalismus erstmals im Zusammenhang. Die Autorinnen und Autoren argumentieren, dass der Neoliberalismus erst als Moment eines generellen Wandels des Politischen im späten 20. Jahrhundert zu begreifen ist – und sie benennen die Grenzen, die seiner Durchsetzung in der Bundesrepublik gesetzt waren.

**Zeithistorische Impulse. Wissenschaftliche Reihe der
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus**

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
**Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes**
Stuttgart 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
**Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik**
Stuttgart 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik
Stuttgart 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
**Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus**
Stuttgart 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
**Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947
zur Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933**
Stuttgart 2003
- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stuttgart 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
**Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland
im 20. Jahrhundert**
Stuttgart 2005

- 8 Frieder Günther
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten
Stuttgart 2006
- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft
Stuttgart 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Stuttgart 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtz (Hg.)
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stuttgart 2012
- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stuttgart 2015
- 13 Frank Bösch / Thomas Hertfelder / Gabriele Metzler (Hg.)
Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert
Stuttgart 2018
- 14 Wolfgang Hardtwig
Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand
Stuttgart 2018
- 15 Ernst Wolfgang Becker / Elke Seefried / Johannes Hürter / Frank Bajohr (Hg.)
Liberalismus und Nationalsozialismus. Eine Beziehungsgeschichte
Erscheint 2020

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Die bereits abgeschlossene Reihe der Briefe umfasst folgende Bände:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich. Briefe 1892–1917

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918–1933

Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormmann
München 2008

Theodor Heuss: In der Defensive. Briefe 1933–1945

Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München 2007

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston 2013

**Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959**

Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York 2010

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman. Briefe 1959–1963

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther

Berlin/Boston 2014

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Kleine Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft
Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 **Parlamentarische Poesie**
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001

- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001

- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002

- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003

- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004

- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004

- 14 Frieder Günther
Misslungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008

- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009
- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-
Haus zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013

- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013
- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna
Im Schatten des Antiklerikalismus
Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Bedrohte Freiheit
Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch
Politik als Beruf
Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945
Stuttgart 2018